

"institutional-money.com" gefunden am 22.11.2016 11:21 Uhr
Quo vadis EZB?

Peter E. Huber, Fondsmanager und Vorstand von StarCapital, zieht acht Jahre nach dem Crash eine ziemlich ernüchternde Bilanz: "Null Zinsen, Null Inflation und Null Wachstum statt eines Konjunkturaufschwungs". Für ihn befindet sich die EZB in einer prekären Sackgasse.

„2017 wird die Verschuldung in der Euro-Zone über 10 Billionen Euro erreichen, nach circa 6 Billionen Euro vor der Krise – ein Anstieg von über 60 Prozent“, fasst Peter E. Huber, Vorstand und Fondsmanager der StarCapital, den ernüchternden Ausblick auf das kommende Jahr zusammen.

Staaten ließen gekaufte Zeit ungenutzt verstreichen

Nach dem Finanzkollaps im Herbst 2008 hätten die traditionellen Industriestaaten die Rettungsmaßnahmen der Notenbanken nicht für die notwendigen Reformen genutzt, sondern die Verschuldung weiter in die Höhe getrieben. Zinsen wurden über Qualitative-Easing-Programme und Geldproduktion nach unten gedrückt. „Über den Ankauf von Anleihen in vierstelliger Milliardenhöhe stieg man direkt oder indirekt in die Staatsfinanzierung ein, auch wenn dies öffentlich natürlich immer dementiert wurde“, so Huber.

Konjunktur wurde nicht zum Laufen gebracht

Das hehre Ziel: die Konjunktur anstoßen – mehr Konsum, mehr Investitionen durch Unternehmen – dadurch eine Erhöhung der Inflationsrate auf zwei Prozent erwirken und so schrittweise die Staatsschulden entwerten. Dafür wurde die Einführung von Negativzinsen in Kauf genommen. Die Ziele wurden jedoch nicht erreicht. Stattdessen müssen die Konsumenten mehr sparen, um ihre Altersvorsorge zu gewährleisten. Die Unternehmen nutzen zwar die zinsgünstigen Kredite, kaufen aber lieber eigene Aktien zurück. Die StarCapital prognostizierte nicht nur einmal, was nun eingetroffen ist: „Null Zinsen, Null Inflation und Null Wachstum“.

Altersvorsorge durch Nullzinspolitik und Negativzinsen arg beschädigt

Die Sparer, die Versicherungen und die Pensionskassen wissen nicht mehr, wie die drohende Altersarmut verhindert werden kann. Am schlimmsten treffe es aber die Banken, denen die Geschäftsmodelle abhanden kommen. „Die Negativzinsen sind der letzte Sargnagel, der das klassische Kreditgeschäft eliminiert“, so der erfahrene Fondsmanager Huber. Die aktuellen Forderungen der Notenbanken nach Fiskalprogrammen zur Infrastrukturfinanzierung bezeichnet Huber als aus der Verzweiflung geboren. Es sei ein völlig untaugliches Mittel, über die Aufnahme weiterer Schulden solche Projekte zu finanzieren, zumal aufgrund der Bürokratie eine Planungsphase von mehr als zehn Jahren benötigt werde.

Infrastrukturfinanzierung durch Notenbanken als Ausdruck purer Verzweiflung

Peter E. Huber scheut sich nicht auch die Frage „Was ist zu tun?“ zu beantworten: „Die EZB sollte ihre Negativzinspolitik sofort beenden und das Tapering einleiten. Statt zinslosen Anleihen sollte sie lieber in großem Stil Aktien kaufen und damit in Sachwerte und Produktivkapital investieren.“

Tapering muss sofort starten, Notenbanken sollen Aktien kaufen

Diese Forderung des etablierten Vermögensverwalters StarCapital habe immer mehr Anhänger gefunden. Andere Länder seien weiter, so Huber. Die Bank of Japan habe in den letzten dreieinhalb Jahren 38 Prozent aller Staatsschulden aufgekauft. Unter anderem von Pensionskassen, damit diese Aktien kaufen können. Wohl wissend, dass mit zinslosen Staatsanleihen keine solide Altersvorsorge mehr gewährleistet werden könne.

SNB zeigt vor, wie es geht

Das progressivste Konzept ließe sich aber bei der Schweizer Notenbank (SNB) finden. „Sie druckt Geld und kauft damit ausländische Währungen, um den Franken stabil zu halten. Ein Teil dieser Devisen legt sie in Aktien an. Der Bestand an US-Aktien liegt inzwischen bei 62 Milliarden US-Dollar (!). Insgesamt hat sie bereits für über 130 Milliarden US-Dollar Aktien erworben und kauft weiter zu. Ein einfacheres System der Vermögensbildung kennen wir nicht“, sagt Huber.

EZB habe sich in eine prekäre Sackgasse manövriert

Durch entsprechende Regulierungsmaßnahmen habe sie Banken und Versicherungen quasi gezwungen, in die Staatsfinanzierung einzusteigen. Es sei fragwürdig, warum Staatsanleihen weiterhin als risikolos eingestuft werden und kein Kapital zu hinterlegen ist, während für Aktien 35 Prozent fällig werden. Eine Zinswende könne nur ganz behutsam durch die EZB eingeleitet werden, wenn eine Katastrophe vermieden werden soll. „Denn“, so Huber, „wenn die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen in den nächsten 12 Monaten nur leicht um zwei Prozent steigen würde, hätte dies Kursverluste von 17 Prozent (!) zur Folge. Ein Crash an den Rentenmärkten wäre die Folge. Na dann viel Spaß!“ (kb)